

# PLANGEN AN ZÄITEN VU KONTINUIERLECHEM WUESSTUM: GEMENGEN A STAAT AN DER ZWÉCKMILLCHEN...



## Wéi e qualitative Wuesstem fir Lëtzebuerg...?

... so die Frage, die Ende 2016 im Rahmen der Wachstumsdebatte um die Rifkin-Studie und der anstehenden Projekte im Bereich der Landesplanung (Überarbeitung des "programme directeur" der Landesplanung u.a.m.) seitens der Regierung aufgeworfen wurde.

In diesem Zusammenhang verwies der Mouvement Ecologique immer wieder darauf, dass man zunächst die Grundfrage stellen müsse, ob ein weiteres kontinuierliches Wachstum wirklich sinnvoll und langfristig machbar wäre. Bevor man ein neues „Programm“ der Landesplanung in Angriff nähme - wie dies das Landesplanungsministerium mit einem gewissen Engagement u.a. im Hinblick auf eine Neufestlegung prioritärer Gemeiden („centres d'attraction et de développement“) angeht - müsse man zunächst analysieren, woran die vorherigen Programme scheiterten.

Der Mouvement Ecologique beteiligte sich auf vielfältige Art und Weise an diesen Debatten (durch Stellungnahmen, die Teilnahme an Rundtischgesprächen, Gesprächen mit dem Ministerium...) und warf diese und andere Grundfragen auf. 2017 wird es nun ernst, wenn das Ministerium Schlussfolgerungen aus den Debatten zieht. Dabei versprach die Regierung, dass sie 2017 auch eine regionale Beteiligung der Akteure und der BürgerInnen über die wünschenswerte Entwicklung sicherstellen werde..

Dies müsste in der Tat in einer breiten und möglichst gut strukturierten Debatte mit allen Akteuren und weiten Teilen der Bevölkerung erfolgen.

## Geplantes Omnibusgesetz: "Landesplanung däerf net a Fro gestallt ginn!"

Über das sogenannte Omnibus-Gesetz wurde recht wenig in der Öffentlichkeit diskutiert, dabei sind seine Auswirkungen doch recht erheblich. Es reformiert bekannterweise eine ganze Reihe sektorieller Gesetze, darunter auch jenes betreffend die Bebauung in den Gemeinden oder aber das Naturschutzgesetz.

Der Mouvement Ecologique bezog im Februar 2016 als einer der wenigen Akteure sehr ausführlich Stellung zur geplanten Reform des Omnibus-Gesetzes. Dies unter dem Motto „*Nein zur geplanten Reform des Omnibus-Gesetzes! Infragestellung der Landesplanung und der Instrumente der kohärenten Siedlungsentwicklung verhindern!*“.

Dabei wurde seitens des Mouvement Ecologique vor allem moniert, dass verschiedene Reformansätze, seiner Überzeugung nach, auf Kosten der Qualität der Bearbeitung von Dossiers gehen würden (zu kurze Bearbeitungszeiten), inhaltliche Errungenschaften in Frage gestellt wären (z.B. indem die potentiellen Entwicklungsszenarien bei der "étude préparatoire" der PAG's gestrichen würden) oder aber auch demokratische Rechte reduziert werden würden.

Diese Argumente wurden in einer ausführlichen Stellungnahme, in Unterredungen - u.a. mit dem Innenminister sowie dem Berichterstatter des Gesetzesprojektes - dargelegt.

2017 wurde die Reform verabschiedet. Eine Reihe von Abänderungen im Sinne des Mouvement Ecologique wurden am ursprünglichen Text durchgeführt, andere Bedenken wurden z.T. „indirekt“ aufgegriffen (im "exposé des



motifs" des Projektes). Die Umsetzung wird nun zeigen, wie problematisch und wirksam (oder nicht) das Omnibus-Gesetz auch aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung sein wird.

### "L'après plans sectoriels": Das Warten auf der Ebene der Landesplanung hält an

2014 wurden die sektoriellen Pläne der Landesplanung (Mobilität, Wohnungsbau, Aktivitätszonen und geschützte Landschaften) in einer öffentlichen Prozedur zur Diskussion gestellt. Seither werden sie seitens des Nachhaltigkeitsministeriums überarbeitet. Wobei sie - aufgrund juristischer Probleme - erst nach Verabschiedung des reformierten Landesplanungsgesetzes einer erneuten Prozedur unterzogen werden können.

Die Orientierung des Gesetzes, des neuen "programme directeur" sowie der sektoriellen Pläne begleitete der Mouvement Ecologique 2016 in Arbeitssitzungen, Unterredungen und Stellungnahmen sowie über seinen Vertreter im Obersten Rat für Landesplanung,

### Wohnungsbau - aktueller denn je

Die Problematik des Wohnungsbaus in Luxemburg ist auch ein wichtiges Anliegen des Mouvement Ecologique. Wiederholt sprach sich der Mouvement Ecologique für eine schnelle Mobilisierung von bestehenden Industriebrachen ein, diese sollten auch - im Falle einer Blockade der Eigentümer - als "projets d'envergure" staatlicherseits ausgewiesen werden, damit deren Entwicklung vorangetrieben werden kann.

Mit Nachdruck sprach sich der Mouvement Ecologique auch erneut dafür aus, dass staatlicherseits konkretere Instrumente zur Mobilisierung von ausgewiesenem Bauland bzw. leer-stehender Häuser festgelegt werden sollten. Hier müsste

der Staat eine weitaus dynamischere Politik an den Tag legen und auch die Gemeinden stärker unterstützen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Bedeutung einer Reform der Grundsteuer mehrfach angesprochen.

Auch das Omnibus-Gesetz hätte nach Ansicht des Mouvement Ecologique, so die Ausführungen in seiner Stellungnahme, noch stärker in den Dienst des sozialen Wohnungsbaus bzw. der Erschließung von sozialerschwinglichem Wohnraums durch eine verstärkte Mobilisierung des ausgewiesenen Baulandes gesetzt werden können. Der Titel einer diesbezüglichen Stellungnahme war *"Förderung des Wohnungsbaus reell angehen - im Respekt einer kohärenten Siedlungsentwicklung und der Erhaltung der Lebensqualität."* Gefordert wurden in diesem Zusammenhang Instrumente zur Mobilisierung von nicht genutztem Bauland, die Stärkung der Strukturen (z.B. Wohnungsbau-Gesellschaft), damit Staat und Gemeinden die Wohnungsbaupolitik dynamischer angehen können, die Reform der Grundsteuer u.a.m.

Im Rahmen diverser kommunaler Dossiers wurde ebenfalls die Bedeutung einer offensiveren Wohnungsbaupolitik hervorgehoben, so vor allem auch auf der Ebene der Stadt Luxemburg.







### Denkmalschutz zu Lëtzebuerg: nach ëmmer kee Fortschrëtt!

2014 wurden erstmalig sog. "assises nationales" für den Denkmalschutz ins Leben gerufen. In einem strukturierten Austausch zwischen allen Akteuren sollten hier Leitlinien für den Denkmalschutz sowie das neue Gesetz entwickelt werden. Nach einem recht guten Beginn ist nun aber 2016 ein Stillstand in der nationalen Denkmalschutzpolitik festzustellen. Aufgrund der „assises“ tut sich scheinbar nichts, ob weiterhin an der Reform des Denkmalschutzgesetzes gearbeitet wird, ist nicht bekannt.

Parallel aber wurden mit der Reform des Omnibus-Gesetzes die Kompetenzen betreffend das Anbringen von Werbeträgern mit wenigen Ausnahmen vom Kulturministerium auf die Gemeinden verlagert. Die Gefahren dieser Neuerung liegen auf der Hand: keine einheitliche Handhabung der Regeln, wann und wie Werbung zulässig ist und angesichts einer gewissen Überforderung der Gemeinden, ist auch ein zunehmender Wildwuchs zu befürchten.

Der Mouvement Ecologique setzte sich dafür ein, dass das Innen- und Kulturministerium zumindest Anregungen für ein gutes "règlement type" für die Gemeinden über das Anbringen von Werbeträgern zustellen sollten, was daraufhin auch seitens des Innenministeriums (allerdings mit einigen Schwachstellen) erfolgte.

Denkmalschutzaspekte standen zudem im Rahmen von **kommunalen Bebauungsplänen sowie Projekten vor Ort** zur Diskussion. Hier lässt sich einerseits eine verstärkte Integration denkmalschützerischer Aspekte in die PAGs feststellen, andererseits jedoch immer wieder eine Polarisierung unterschiedlicher Einschätzungen der Denkmalschutz-Würdigkeit einzelner Objekte.



### Entwécklung vun eise Gemengen: do, wou d'Musék spillt...

Wie die Lebensqualität und der Zustand der Biodiversität sich entwickelt, wird maßgeblich durch Entscheidungen auf kommunaler Ebene geprägt. Entsprechend ist kommunales und regionales Engagement für den Mouvement Ecologique u.a. über unsere Regionalen unabdingbar. Bei einer Vielzahl von kommunalen Dossiers (im Rahmen von öffentlichen Prozedur en(PAG) bzw. bei Siedlungsprojekten) wurde interveniert.

So z.B. zum so wichtigen Flächennutzungsplan der Stadt tLuxemburg. Im Einspruch anlässlich der offiziellen Prozedur wurde unter dem Motto "*Wéi eng Stad fir muer?*" ausführlich Stellung bezogen und vor allem auch konkrete Vorschläge unterbreitet. So wurde sich z.B. für die Schaffung einer Wohnungsbaugesellschaft und eine dynamischere Politik der Gemeinde in Sachen Wohnungsbau bzw. der Mobilisierung leerstehender Wohngebäude ausgesprochen.

Auch im Alzettetal wurde sich für eine kohärente Umgestaltung des Ortskerns einer Gemeinde engagiert, dies unter dem Motto: "*Regionale Uelzechtall : Fir en neien attraktiven Zentrum zu Baereldeng / Walfer*".

